

Medienkompetenz: Sicherheit steht an erster Stelle

Die stürmische Entwicklung der Informationstechnologien fordert die Schule heraus. Der Umgang mit Medien wird zur Grundkompetenz.

Wenn es um Lesen, Schreiben und Rechnen geht, sind sich alle einig: Die Schule muss diese grundlegenden Kompetenzen allen vermitteln. Der Lehrplan 21 sieht nun aber auch die Förderung von Medienkompetenz als verbindliches Ziel der Schule vor. Dies aus gutem Grund, wie die Fakten zur Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen zeigen.

Die jüngste repräsentative JAMES-Studie 2014 über die Mediennutzung von 12- bis 19-jährigen in der Schweiz liefert Fakten, die an Deutlichkeit nicht zu überbieten sind: 99% der Jugendlichen haben zu Hause einen Internetzugang, 97% besitzen ein Smartphone, mit dem sie im Internet pro Tag zwei bis drei Stunden surfen, und 89% haben ein eigenes Profil in einem sozialen Netzwerk, vor allem bei Facebook. Das Eintrittsalter für die Nutzung von elektronischen Medien sinkt ständig weiter. Heute benutzen bereits Vorschulkinder Tablet-Computer und iPads. Mit zunehmendem Alter werden nicht nur Inhalte im Netz gesucht und konsumiert. Vielmehr benutzen ältere Kinder und Jugendliche diese Medien zur Interaktion, Kommunikation und immer mehr auch zur Selbstdarstellung im Netz.

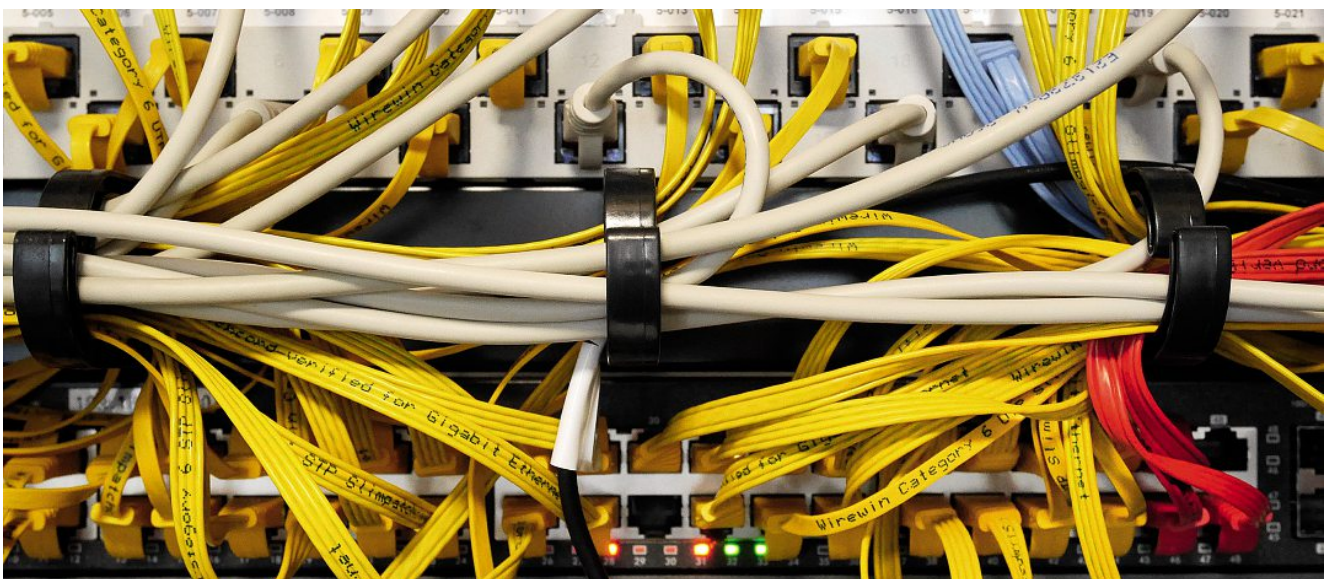
Das hat nicht nur positive Seiten. Es gibt auch problematische Nutzungsmuster, wenn man 16 Stunden pro Tag online sein will oder meint, man müsse ständig sein Profil bewirtschaften. Dazu kommt, dass der Jugendschutz im Internet noch stark ausgebaut werden muss, um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche mit problematischen Inhalten und Nutzern in Kontakt kommen. Eltern sind mit diesen Herausforderungen allein überfordert. Es geht darum, Kindern und Jugendlichen auch in der Schule Medienkompetenz

zu vermitteln, damit sie sich in der heutigen digitalisierten Welt zurechtfinden, Risiken vermindern und gleichzeitig Chancen nutzen können. Medienkompetenz wird daher zu einer Grundkompetenz wie Lesen, Schreiben und Rechnen.

Sicherheit und Schutz müssen an erster Stelle stehen

Die Welt «da draussen» hat es für die Schule schon immer gegeben und die Schule hat den Kontakt zu dieser Welt als Teil ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags auch gesucht. Die stürmische Entwicklung der Informationstechnologien mit ihrer rasanten Einbindung aller Lebensbereiche ins Internet stellt nun aber die Schulen vor neue Probleme. Mit generellen Handyverboten an Schulen lässt sich diese Entwicklung genauso wenig stoppen wie mit rückwärtsgewandten Lehrplänen und Unterrichtsformen. Vielmehr geht es darum, die Informations- und Kommunikationstechnologien für die schulischen Lehr- und Lernprozesse zu nutzen.

Moderne Smartphones vereinen heute Internetzugang, Telefonie, Computer, Foto- und Videokamera, Musikplayer und Tonband, Stoppuhr und Wecker und vieles andere mehr in einem Gerät. Dies ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, die Welt «da draussen» zu dokumentieren und ins Klassenzimmer mitzubringen oder via Internet direkt in die Schule zu holen und sich mit ihr auseinanderzusetzen. Dabei muss man aber eine Reihe von Sicherheits- und Schutzmechanismen beachten. So werden beispielsweise für mobile Geräte immer mehr Apps entwickelt, die mit der Lokalisierungstechnologie moderner Handys arbeiten. Aus dem



Noch richtig verbunden? Jugendliche sind via Computer und Smartphone mit der Welt vernetzt – zu ihrem Nutzen wie zu ihrem Schaden. Foto: Heinz Weber

Nutzungsverhalten lassen sich dann individuelle Bewegungs- und Konsumprofile erstellen. Dem Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht zu werden, heisst heute daher auch, die entstehenden Daten über Schülerinnen und Schüler, über deren Nutzungsverhalten und über Lernergebnisse sensibel zu behandeln und den berechtigten Schutzbedürfnissen aller an der Schule beteiligten Personen zu entsprechen. Die pädagogische Verantwortung wahrzunehmen, schliesst deshalb notwendigerweise ein verantwortungsbewusstes Handeln im Internet ein.

Bundesprogramm «Jugend und Medien»

Um den Jugendmedienschutz zu verbessern, hat der Bundesrat 2010 das nationale Programm «Jugend und Medien» gestartet. Es soll Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern dazu befähigen, kompetent mit Chancen und Risiken von Medien umzugehen und gleichzeitig durch regulierende Massnahmen vor Gefährdungen zu schützen. Die Analyse der Risiken hat ergeben, dass Kinder und Jugendliche noch besser geschützt werden müssen vor verbotenen oder für ihr Alter ungeeigneten Inhalten, vor Gefahren bei der Kommunikation im Internet wie Cybermobbing, Grooming oder Sexting, aber auch vor missbräuchlicher Bearbeitung persönlicher Daten.

Handlungsbedarf sieht der Bundesrat beispielsweise bei einer schweizweit einheitlichen Alterskennzeichnung von Computerspielen oder Filmen und beim Einsatz von wirksamen Filterprogrammen für Kinder und Jugendliche. Nicht zuletzt muss auch die Branche selber ein Interesse daran haben, durch Selbstregulierungsmassnahmen und Elternbildungskurse den Kinder- und Jugendmedienschutz zu verbessern.

Jugendliche unterrichten Jugendliche

Ein neuer Aspekt des Bundesprogramms «Jugend und Medien» ist der Einbezug von Jugendlichen zur Förderung und Vermittlung von Medienkompetenzen innerhalb und ausserhalb der Schule. Mit zunehmendem Alter wird das Elternhaus als klassische Sozialisierungsinstanz immer weniger wichtiger, während die Bedeutung der Gleichaltrigen, der sogenannten Peers, zunimmt. Da liegt es nahe, das Potenzial von Peer Education (Erfahrungsaustausch unter Jugendlichen) und Peer Tutoring (Jugendliche vermitteln anderen Jugendlichen vorher definierte Inhalte) aktiv zu nutzen. Die ersten Erfahrungen sind vielversprechend. Allerdings braucht es für eine erfolgreiche Umsetzung genügend Zeit und ein partizipatives Vorgehen zwischen Erwachsenen und den beteiligten Jugendlichen bei der Erarbeitung konkreter Projekte zur Förderung der Medienkompetenz.

Dieser Ansatz muss insbesondere auch im ausserschulischen Bereich noch verstärkt genutzt werden.

Weiterbildung im Bereich Medien und Informatik

Doch auch die Lehrpersonen müssen sich in der Aus- und Weiterbildung noch stärker mit dem neuen Bereich «Medien und Informatik» im Lehrplan 21 beschäftigen, um dieses Lehrplanmodul in den kommenden Jahren erfolgreich umzusetzen. Bis anhin gab es grosse Unterschiede zwischen den Kantonen. Während einige Kantone für die Medien-erziehung eigene Lektionen in der Stundentafel reserviert haben, setzen andere Kantone auf eine integrative Vermittlung in vielen Fachbereichen ohne zeitliche Auszeichnung in der Stundentafel. In den kommenden Jahren wird es aber überall zu einer Aufwertung für diesen wichtigen Kompetenzbereich kommen. ■

Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH

Weiter im Text

Voraussichtlich am 19. November erscheint ein «Leitfaden Datensicherheit für Lehrpersonen und Schulleitungen», der vom LCH gemeinsam mit den Partnerverbänden in Deutschland und Österreich herausgegeben wird. Die Publikation wird auf www.LCH.ch zugänglich sein.



Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH. Foto: Roger Wehrli